

## Kurzprotokoll Nr. 23 vom 17. Juni 2009

**Vorsitz** Gabi Badertscher, Grossratspräsidentin, Uttwil  
**Anwesend** 123 Mitglieder  
**Ort** Rathaus Frauenfeld

1. **Kantonsbürgerrechtsgesuche** (08/EB 5/131). Der Rat stimmt der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an das Ehepaar Johannes und Liselotte Heeb, Ermatingen, zu. Er heisst auch das Kantonsbürgerrechtsgesuch eines Schweizer Bürgers zusammen mit seiner Ehefrau gut. Ebenso finden die 128 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern die Zustimmung des Rates.
2. **Geschäftsbericht und Rechnung 2008 der Thurgauer Kantonalbank** (08/BS 8/112) (Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung). Eintreten ist gemäss § 37 der Kantonsverfassung obligatorisch. Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht und die Rechnung 2008 ohne Gegenstimme.
3. **Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht vom 15. März 1995** (08/GE 7/81) (2. Lesung). Die Vorlage passiert die 2. Lesung ohne Diskussion. Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung vom 1. Juli 2009.
4. **Neueinteilung der Bezirke und Umsetzung des Schweizerischen Zivil- und Strafprozessrechtes** (08/GE 2/22)
  - Teil I **Gesetz betreffend die Änderung der Verfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Verfassungsänderung mit 88:8 Stimmen zu. Verfassungsänderungen unterstehen dem obligatorischen Referendum. Die Vorlage geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Abstimmungsbotschaft an das Volk.
  - Teil II
    - A. **Gesetz über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG)** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Gesetz mit 89:0 Stimmen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.
    - B. **Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Gemeinden vom 5. Mai 1999** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Gesetzesänderung mit 93:5 Stimmen zu. Das Behördenreferendum kommt mit 1 Stimme nicht zustande.
    - C. **Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht vom 15. März 1995** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schluss-

abstimmung stimmt der Rat der Gesetzesänderung mit 98:0 Stimmen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

**D. Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 23. Februar 1981** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Gesetzesänderung mit 104:0 Stimmen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

**E. Gesetz betreffend die Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 3. Juli 1991** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Gesetzesänderung mit 104:0 Stimmen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

**F. Gesetz betreffend die Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafrecht vom 17. August 2005** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Gesetzesänderung mit 107:0 Stimmen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

**Teil III A. Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (Besoldungsverordnung) vom 18. November 1998** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Verordnungsänderung mit 102:0 Stimmen zu.

**B. Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Gebühren der kantonalen Verwaltungsbehörden vom 16. Dezember 1992** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Verordnungsänderung mit 103:0 Stimmen zu.

**C. Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Gebühren der Strafuntersuchungs- und Gerichtsbehörden vom 13. Mai 1992** (Redaktionslesung, Schlussabstimmung). Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Verordnungsänderung mit 107:0 Stimmen zu.

5. **Parlamentarische Initiative der Grünen Fraktion, vertreten durch Klemenz Somm, vom 11. Februar 2009 "Besteuerung nach Aufwand (Pauschalbesteuerung)"** (08/PI 2/82) (Vorläufige Unterstützung). Die Parlamentarische Initiative verlangt die ersatzlose Streichung von § 17a Absatz 2 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern und damit die Aufhebung der Besteuerung von Ausländern nach Aufwand (Pauschalbesteuerung). Der Rat lehnt nach längerer Diskussion die vorläufige Unterstützung mit 82:21 Stimmen ab.
6. **Konzept für eine koordinierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Kantons Thurgau (inklusive Bericht "Konkretes und koordiniertes Vorgehen gegen Jugendgewalt und Suchtmittelkonsum")** (08/BS 10/118) (Diskussion). Mit dem Konzept für eine koordinierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, das der Regierungsrat dem Grossen Rat zur Kenntnis unterbreitet, wird eine schon in den Richtlinien des Regierungsrates für die Regierungstätigkeit in der Legislaturperiode 2004 - 2008 vorgesehene Massnahme umgesetzt. Teil davon ist der Bericht "Konkretes und koordiniertes Vorgehen gegen Jugendgewalt und Suchtmittelkonsum", der auf den am 25. Februar 2009 erheblich erklärten Antrag Werner Dickenmann zurückgeht. Die Diskussion wird an der nächsten Ratssitzung fortgesetzt.

*Traktanden 7 und 8 nicht behandelt.*

Parlamentdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet <http://www.tg.ch/parlament>